

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die ordentliche öffentliche Sitzung des
GEMEINDERATES
am Donnerstag, **24. Juni 2021**, 19:00 Uhr
im Kulturzentrum Neupernstein, Pernsteinsaal

SPÖ-Gemeinderatsfraktion:	Bürgermeisterin Vizebürgermeister Stadtrat Fraktionsobfrau Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderätin	Vera Pramberger als Vorsitzende Mag. Stipo Luketina Ewald Breitwieser Angela Schober Petra Kapeller Dietmar Weidinger Renate Mühlbacher Daniel Radner Ivana Suban-Coric
ÖVP-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderätin Gemeinderat	Karl Öllinger-Luwy Michael Mader Ing. Manfred Rumzucker Elisabeth Goppold Anita Karlhuber Mag. Wolfgang Dilly, LL. M.
FPÖ-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderat Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderat	Günter Schachner Mag. iur. Christoph Colak Klaus Hinterer Doris Kobler Walter Leitner André Schachner
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderat	Gerhard Holzinger Nikolaus Mitterhuber Maria Cech Mustaf Shabani
Entschuldigt:	Siehe oben, nicht anwesende Personen durchgestrichen	
Ersätze:	Gemeinderat-Ersatz: Gemeinderat-Ersatz: Gemeinderat-Ersatz: Gemeinderat-Ersatz:	Reinhard Hinterreiter Johann Leitner Marion Mühlbauer Mario Garstenauer
Vom Stadtamt:	Amtsleiterin FinVerw.L ⁱⁿ BauAbtlg.L ⁱⁿ	Mag. ^a Astrid Ruess-Prager Bettina Hackl Renate Wurmhöringer

SITZUNGSVERLAUF:

Die Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie stellt fest, dass

- 1) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde;
- 2) die Verständigung an alle Mitglieder des Gemeinderats per Bereitstellung auf der Intranetseite der Stadtgemeinde zeitgerecht - unter Bekanntgabe der Tagesordnung - erfolgt ist und gleichzeitig an der Amtstafel öffentlich kundgemacht wurde. Die Termine sind aufgrund des jährlichen Sitzungsplans nachweislich zur Kenntnis gebracht worden;
- 3) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- 4) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 29. April 2021 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Stadtamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während dieser Sitzung noch zur Einsicht aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Vor Eingang in die Tagesordnung führt die Vorsitzende aus, dass nachstehender Dringlichkeitspunkt in die Tagesordnung aufgenommen werden soll:

Ad TOP 2. Änderung der Darlehenskonditionen:

- 2.1. **Stadtgemeinde/BAWAG P.S.K.: Verminderung des Aufschlages bei bestehenden Darlehen**
- 2.2. **VFI der Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems & Co KG/HYPO Oberösterreich:
Verminderung des Aufschlages bei bestehendem Darlehen
Beratung und Beschlussfassung**

Die Abstimmung über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags ergibt einstimmige Annahme per Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Weiters führt die Vorsitzende aus, dass seitens der ÖVP/FPÖ/Grünen-Fraktion folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde:

**Dringlichkeitsantrag gem. § 46 Abs. 3 Oö. Gemeindeordnung:
Personalaufnahmeprozess: Änderung der bisherigen Vorgangsweise**

Nach vollinhaltlicher Verlesung des oben genannten Dringlichkeitsantrags erkundigt sich die Vorsitzende beim Gremium des Gemeinderates, ob Wortmeldungen abgegeben werden und melden sich hierzu STR Ewald Breitwieser als Personalbeiratsobmann sowie SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober zu Wort.

Wechselrede:

- ✧ STR Ewald Breitwieser führt als Obmann des Personalbeirats an, dass sich die Zusammensetzung des Gremiums des Personalbeirats seit September 2015 nicht geändert hat und wurde auch die Vorgangsweise nicht verändert, weshalb er die nunmehr „akute“ Dringlichkeit nicht nachvollziehen kann. Weiters vermisst er, dass die SPÖ-Fraktion nicht in den Prozess zur Erarbeitung der Richtlinien miteingebunden wurde.
- ✧ SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober bezweifelt ebenfalls die Dringlichkeit. Vor Verlesung des Berichts durch den Prüfungsausschussobmann (und die darin enthaltenen Empfehlungen) ist die Einbringung dieses Dringlichkeitspunktes nicht zweckmäßig und stellt dies ihrer Ansicht einen Vorgriff auf den zu verlesenden Bericht aus dem Prüfungsausschuss dar. Außerdem wurde im Bericht des Prüfungsausschusses keine Dringlichkeit erwähnt bzw. festgestellt.

Die Vorsitzende lässt sodann über den seitens der ÖVP/FPÖ/Grünen-Fraktion eingebrachten Antrag hinsichtlich des Personalaufnahmeprozesses: Änderung der bisherigen Vorgangsweise, insbesondere auch über die Dringlichkeit abstimmen.

Die Abstimmung über die Annahme dieses Dringlichkeitsantrags in die Tagesaufnahme wird mehrheitlich mit 16 JA-Stimmen (STR Günter Schachner, FO Mag. Christoph Colak, GemRⁱⁿ Doris Kobler, GemR Walter Leitner, GemR André Schachner, GRE Mario Garstenauer, STR Michael Mader, FO-Stv.ⁱⁿ/GemRⁱⁿ Anita Karlhuber, GemRⁱⁿ Elisabeth Goppold, GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL. M., GRE Johann Leitner, GRE Marion Mühlbauer, STR Gerhard Holzinger, FO Nikolaus Mitterhuber, GemRⁱⁿ Maria Cech, GemR Mustaf Shabani) und 9 Gegen-Stimmen (BGMⁱⁿ Vera Pramberger, VizeBGM Mag. Stipo Luketina, STR Ewald Breitwieser, FO Angela Schober, GemRⁱⁿ Petra Kapeller, GemRⁱⁿ Renate Mühlbacher, GemR Daniel Radner, GemRⁱⁿ Ivana Suban-Coric, GRE Reinhard Hinterreiter) angenommen.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
16	9	0

TAGESORDNUNG:

1. **Mittelfristiger Finanzplan 2022 - 2025: Änderung der Prioritätenliste für Ankauf eines Baggers**
Beratung und Beschlussfassung
2. **Änderung der Darlehenskonditionen:**
 - 2.1. **Stadtgemeinde/BAWAG P.S.K.: Verminderung des Aufschlages bei bestehenden Darlehen**
 - 2.2. **VFI der Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems & Co KG/HYPO Oberösterreich: Verminderung des Aufschlages bei bestehendem Darlehen**
Beratungen und Beschlussfassungen
3. **Schutzwasserverband Kremstal: Festlegung eines Instandhaltungsschlüssels**
Beratung und Beschlussfassung
4. **Abschluss von Verträgen:**
 - 4.1. **Wasserversorgungsanlage/Hinterburgquellen:**
 - 4.1.1. **Stadtgemeinde/Fa. Swietelsky: Abschluss eines Bauvertrags**
 - 4.1.2. **Stadtgemeinde/Land OÖ: Abschluss eines Sondernutzungsvertrags für die Straßennutzung**
 - 4.1.3. **Stadtgemeinde/Fa. ASFINAG: Abschluss eines Kaufvertrags für das Grundstück 269/4, KG Obermicheldorf**
 - 4.2. **Stadtgemeinde/Kirchdorfer Holzwaren Gesellschaft m.b.H.: Abschluss eines Kaufvertrags für das Grundstück 736/1 EZ 904 KG Kirchdorf**
 - 4.3. **Stadtgemeinde/Dr. Michael Großpötzl: Abschluss eines Kauvertrags für die Grundstücke 678/2 und 697/2**
 - 4.4. **Kremstalradweg/Leader Regionen: Abschluss einer Kooperationsvereinbarung**
 - 4.5. **Gemeindeärztin/Dr. Claudia Hellinger: Abschluss eines Werkvertrags**
Beratungen und Beschlussfassungen
5. **OÖ Wohnbau/Einleitung der Verfahren:**
 - 5.1. **Änderung des Flächenwidmungsplanes „OÖ Wohnbau-Dr. Jutz-Straße“, Teilfläche Grst. 509 (Verkehrsfläche)**
 - 5.2. **Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 37 „OÖ Wohnbau-Dr. Jutz-Straße“**
Beratungen und Beschlussfassungen
6. **Abwasserbeseitigungsanlage/Kanalerneuerung Pernsteiner Straße BA 19 – BE 01: Auftragsvergabe**
Beratung und Beschlussfassung
7. **Mandatsverlust/Zeilinger Helmut: Umbesetzungen bzw. Nachbesetzungen in diversen Ausschüssen**
Beratung und Beschlussfassung

8. **Bericht aus dem Prüfungsausschuss**
Kenntnisnahme
9. **Personalaufnahmeprozess: Änderung der bisherigen Vorgangsweise**
Beratung und Beschlussfassung
10. **Bericht der Bürgermeisterin**
11. **Allfälliges**

1. Mittelfristiger Finanzplan 2022 - 2025: Änderung der Prioritätenliste für Ankauf eines Baggers

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr eine kostenintensive Reparatur für den JBC Radlader, welcher im Jahr 2007 angekauft wurde, ansteht und belaufen sich die notwendigen Reparaturarbeiten auf rund € 30.000 und wird der Bagger ohne Reparatur die „Pickerlüberprüfung“ nicht mehr bestehen.

Wechselrede:

- ✧ GemR Walter Leitner meint, dass es nachvollziehbar ist, dass der Bauhofleiter nur das Beste für das Bauhofteam will, aber muss es seiner Meinung nach beim Versuch bleiben, wenn das Ende der finanziellen Fahnenstange erreicht ist. Auch der Vergleich mit einem Privatunternehmen ist für ihn nicht nachvollziehbar. Bei einem Kostenvolumen von rund € 200.000 ist seines Erachtens eine Reparatur mit € 30.000 sehr wohl zu überlegen. Er spricht sich für eine kostenpflichtige Verrechnung bei der Durchführung von Veranstaltungen aus und sollen diese eingenommenen Zahlungen als Rücklage für eine Neuanschaffung des Baggers herangezogen werden. Weiters meint er, dass eine Kooperation mit den Nachbargemeinden sinnvoll wäre und soll die Bürgermeisterin diesbezügliche Gespräche mit den Nachbargemeinden forcieren und in diesem Zuge einen Aufteilungsschlüssel für die Kosten aushandeln. Aus Sicht der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sind für ihn die Kosten für die Neuanschaffung des Baggers nicht tragbar.
- ✧ GemR Nikolaus Mitterhuber meint, dass die Kosten für die Anschaffung des Baggers zwar erheblich sind, aber ein Bagger für die Durchführung der Arbeiten des Bauhofs unbedingt erforderlich ist. Weiters stellt er die Frage, ob auch eine Leasingfinanzierung möglich wäre und wird seitens der Leiterin der Finanzabteilung Bettina Hackl zwar bestätigt, dass dies möglich ist, aber früher für „Abgangsgemeinden“ nicht genehmigt wurde. Der GRÜNE-Fraktionsobmann unterstreicht, dass er zwar die Vorreihung auf der Prioritätenliste auf Punkt drei und die Nachreihung der Sanierung der Lauterbacher Straße auf Punkt vier sowie den Umbau der Kreuzung der Garnisonstraße/Maderspergerstraße auf Punkt fünf zwar bedauert, doch ist die Anschaffung des Baggers erforderlich.
- ✧ GemR Mag. Wolfgang Dilly meint, dass Überlegungen hinsichtlich möglicher Kooperationen sicherlich angestellt werden sollten und auch Bedarfsspitzen durch Zugriff auf den Fuhrpark von Privatunternehmen abgefangen werden könnten. Weiters wären für ihn Wirtschaftlichkeitsberechnungen bzw. Modellrechnungen sinnvoll, um den tatsächlichen Bedarf feststellen zu können.

Für nähere Ausführungen begrüßt die Vorsitzende den Bauhofleiter-Stellvertreter und Bauhof-Mechaniker Martin Rußmayer und führt dieser aus, dass ein „Ausleihen“ eines Baggers sehr schwierig ist, da viele Arbeiten beispielsweise bei einem Wasserrohrbruch) nicht planbar sind oder der Bedarf oft gleichzeitig entsteht und dann kein Bagger verfügbar ist. Weiters erläutert der Bauhof-Stellvertreter technische Details und klärt er über die Unterschiede zwischen Radialbagger und Radbagger auf. Bei dem Bagger, welcher angeschafft werden könnte, handelt es sich zwar um einen Radbagger, jedoch ist dieser beweglich wie ein Radialbagger und um vieles besser einsetzbar als der nunmehr so sehr stark reparaturbedürftige Bagger aus dem Jahr 2007.

- ✧ SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober weist darauf hin, dass es derzeit nur um die Vorreihung der Anschaffung (nach der Sanierung/dem Umbau des Pflichtschulzentrums und den Umbau/Adaptierung der Heller-Villa) handelt.

- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak findet es logisch, dass ein Bagger zu diesem Preis technisch alles können muss, doch können betriebswirtschaftliche Überlegungen nicht von Bauhofmitarbeitern angestellt werden, sondern durch die Fachabteilung festgelegt werden.

Hierzu führt die Leiterin der Finanzverwaltung, Bettina Hackl aus, dass die Finanzierung eines Baggerankaufs - wie folgt erfolgen könnte:

Bruttokosten bei Ankauf des Baggers: 201.045,67 €

✓ abzgl. anteiliger VSt-Abzug (20,45%)	6.852,31 €
✓ Anschaffungskosten	194.193,36 €
✓ BZ aus Projektfond (26 %)	50.490,27 €
✓ Eigenanteil	143.703,09 €
✓ davon 1/3 Eigenmittel	47.901,03 €
✓ Fremdmittel	95.802,06 €

Aufbringung der Eigenmittel: 47.901,03 €

✓ Allgemeine Haushaltsrücklage:	16.251,23 €
✓ Kanalrücklage (12,98 %):	6.217,55 €
✓ Wasserrücklage (2,99 %):	1.432,24 €
✓ Verkauf des Altfahrzeugs	24.000,00 €

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Änderung der Prioritätenreihung die Zustimmung zu erteilen und der Anschaffung des Baggers die Priorität drei zuzuerkennen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, mehrheitliche Annahme mit 19 JA-Stimmen (BGMⁱⁿ Vera Pramberger, VizeBGM Mag. Stipo Luketina, STR Ewald Breitwieser, FO Angela Schober, GemRⁱⁿ Petra Kapeller, GemRⁱⁿ Renate Mühlbacher, GemR Daniel Radner, GemRⁱⁿ Ivana Suban-Coric, GRE Reinhard Hinterreiter, STR Michael Mader, FO-Stv.ⁱⁿ/GemRⁱⁿ Anita Karlsruher, GemRⁱⁿ Elisabeth Goppold, GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL. M., GRE Johann Leitner, GRE Marion Mühlbauer, STR Gerhard Holzinger, FO Nikolaus Mitterhuber, GemRⁱⁿ Maria Cech, GemR Mustaf Shabani), 5 Gegenstimmen (STR Günter Schachner, FO Mag. Christoph Colak, GemRⁱⁿ Doris Kobler, GemR Walter Leitner, GRE Mario Garstenauer) und 1 Stimmenthaltung (GemR André Schachner) durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
19	5	1

Intern: FinVerw.

➤ Beilage

2. Änderung der Darlehenskonditionen:

2.1. Stadtgemeinde/BAWAG P.S.K.: Verminderung des Aufschlages bei bestehenden Darlehen

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr seitens der BAWAG P.S.K. für die Umstellung des Kanalbaudarlehens BA 11 ein Fixzinssatz iHv 0,59 % (derzeit Bindung auf den 6-Monats Euribor mit einem Aufschlag von 0,75 %) und für das Kanalbaudarlehen BA 10 ein Fixzinssatz iHv

0,47 % (derzeit Bindung auf den 6-Monats Euribor mit einem Aufschlag von 0,75 %) angeboten wurde. Im Detail verweist die Vorsitzende auf den Aktenvermerk, erstellt von Fin.Abt.-L.ⁱⁿ-Stv. ⁱⁿ Franziska Oberndorfer.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, das Offert der BAWAG P.S.K zur Umstellung auf die beiden Fixzinssätze (0,59 % für das Darlehen für den BA 11 und 0,47 % für das Darlehen für den BA 10) anzunehmen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw. ➤ Beilage

2.2. VFI der Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems & Co KG/HYPO Oberösterreich: Verminderung des Aufschlages bei bestehendem Darlehen

Die Vorsitzende führt aus, dass der Eigenanteil der Stadtgemeinde über ein Darlehen der HYPO Oberösterreich mit einem Aufschlag von 0,92 auf den 6-Monats-Euribor finanziert wurde und nunmehr - nach Überprüfung der Darlehensverträge durch die FRC - eine Senkung des Aufschlages auf 0,35 % erreicht werden konnte. Im Detail verweist die Vorsitzende auf den Aktenvermerk, erstellt von Fin.Abt.-L.ⁱⁿ Bettina Hackl.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Obfrau der VFI der Stadtgemeinde Kirchdorf FI und Co KG das Pouvoir zu erteilen, das Offert der HYPO Oberösterreich hinsichtlich der freiwilligen Konditionssenkung um 0,57 % auf 0,35 % Aufschlag auf den 6-Monats-Euribor anzunehmen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw., KG-Mappe ➤ Beilage

3. Schutzwasserverband Kremstal: Festlegung eines Instandhaltungsschlüssels

Die Vorsitzende führt aus, dass bei der Mitgliederversammlung des Schutzwasserverbandes Kremstal vereinbart wurde, den Instandhaltungsschlüssel je Gemeinde anzupassen und verweist die Vorsitzende in diesem Zusammenhang auf den Entwurf zur Änderung des Beitragsschlüssels im Schutzwasserverband Kremstal für die Instandhaltung aller Maßnahmen entlang der Krems. Auf Kirchdorf würde ein Beitragssatz iHv 0,42 % entfallen. Dieser Beitragsschlüssel soll evaluiert und alle 6 Jahre überarbeitet werden.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den Beitragsschlüssel von 0,42 % für die Kosten jeglicher Instandhaltungsmaßnahmen für alle Anlagen des Schutzwasserverbandes Kremstal sowie der Überarbeitung des Beitragsschlüssels in einem sechsjährigen Intervall die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, FinVerw. ➤ Beilage

4. Abschluss von Verträgen:

4.1. Wasserversorgungsanlage/Hinterburgquellen:

4.1.1. Stadtgemeinde/Fa. Swietelsky: Abschluss eines Bauvertrags

Die Vorsitzende führt aus, dass seitens der Fa. Swietelsky AG, welche in der Sitzung des Gemeinderats vom 29. April 2021 den Zuschlag für die Ausführung der Erd-, Baumeister- und Installationsarbeiten für das Bauvorhaben „Wasserversorgungsanlage Kirchdorf an der Krems - BA 05, Baulos 01“ erhalten hat, nunmehr ein Bauvertrag vorgelegt wurde und verweist die Vorsitzende im Detail auf den beiliegenden Entwurf dieses Werkvertrags.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den Bauvertrag mit der Fa. Swietelsky AG für die Wasserversorgungsanlage Kirchdorf an der Krems - BA 05, Baulos 01 anzunehmen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, BauAbtlg., FinVerw.

➤ Beilage

4.1.2. Stadtgemeinde/Land OÖ: Abschluss eines Sondernutzungsvertrags für die Straßennutzung

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr der Entwurf des Sondernutzungsvertrags für die Straßennutzung für die Errichtung/Sanierung der Hinterburgquellen vorliegt, da im Rahmen der Errichtung der Wasserversorgungsanlage an einigen Stellen die B 138 in Anspruch genommen wird. Im Detail verweist die Vorsitzende auf diesen Vertragsentwurf.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem vorliegenden Gestattungsvertrag in Form des Sondernutzungsvertrags für die Straßennutzung für die Errichtung/Sanierung der Hinterburgquellen die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, BauAbtlg., FinVerw.

➤ Beilage

4.1.3. Stadtgemeinde/Fa. ASFINAG: Abschluss eines Kaufvertrags für das Grundstück 269/4, KG Obermicheldorf

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr der Entwurf des Kaufvertrags seitens der ASFINAG vorgelegt wurde und verweist sie auf den beiliegenden Entwurf. Weiters führt die Vorsitzende aus, dass ursprünglich ein Offert für einen Dienstbarkeitsvertrag seitens der ASFINAG beigebracht wurde.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem vorliegenden Kaufvertrag mit der ASFINAG für das Grundstück 269/4, KG Obermicheldorf die Zustimmung zu erteilen und dieses Grundstück anzukaufen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, BauAbtlg., FinVerw.

➤ Beilage

4.2. Stadtgemeinde/Kirchdorfer Holzwaren Gesellschaft m.b.H.: Abschluss eines Kaufvertrags für das Grundstück 736/1 EZ 904 KG Kirchdorf

Die Vorsitzende führt aus, dass seitens der Kirchdorfer Holzwaren Gesellschaft m.b.H. neuerlich ein Kaufoffert iHv € 105 pro Quadratmeter gelegt wurde und verweist sie auf den beiliegenden Entwurf des Kaufvertrages. Ursprünglich wurde ein Offert iHv € 70 pro m² gelegt.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, diese Liegenschaft von 2184 m² an die Kirchdorfer Holzwaren Gesellschaft m.b.H. iHv € 105 pro Quadratmeter (Kaufpreis daher: € 229.320,00) zu verkaufen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, BauAbtlg., FinVerw.

➤ Beilage

4.3. Stadtgemeinde/Dr. Michael Großpötl: Abschluss eines Kauvertrags für die Grundstücke 678/2 und 697/2

Die Vorsitzende führt aus, dass sich im Zuge der Einreichplanung durch Herrn Dr. Großpötl ergeben hat, dass es sich im Bereich des Pernsteinbachs direkt angrenzend an die Liegenschaft von Dr. Michael Großpötl noch teilweise um Privatgut der Stadtgemeinde handelt. Seitens Herrn Dr. Großpötl wurde nunmehr ein Offert zum Ankauf dieses Teilbereichs gelegt und verweist die Vorsitzende auf den beiliegenden Plan, erstellt von BALⁱⁿ Renate Wurmhöringer sowie auf den Entwurf des Kauf-/Tauschvertrages.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass Offert von Herrn Dr. Großpötl betreffend die Grundstücke 678/2 und 697/2 iHv € 25.425 anzunehmen und dem vorliegenden Kauf-/Tauschvertrag die Zustimmung zu erteilen. (Die Vertragserrichtungsgebühren sind vom Käufer zu tragen).

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme mit 24 JA-Stimmen (GemR Mag. Dilly war bei der Beschlussfassung nicht anwesend) durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
24	0	0

Intern: HV → V, BauAbtlg., FinVerw.

➤ Beilage

4.4. Kremstalradweg/Leader Regionen: Abschluss einer Kooperationsvereinbarung

Die Vorsitzende bringt dem Gremium den Entwurf der Kooperationsvereinbarung zur Kenntnis und erfolgt eine intensive Diskussion zum Thema Kremstalradweg, hinsichtlich des Radwegs „R 10“ und hinsichtlich eines „Burgen & Schlösser-Radwegs“ unter Einbindung von Ideen der Stadtgemeinde im Rahmen der vorliegenden Kooperationsvereinbarung.

Wechselrede:

- ✧ STR Gerhard Holzinger möchte gerne wissen, wie das Projekt konkret aussieht und ist ihm das Projekt nicht im Detail bekannt. Insbesondere möchte der Obmann für Verkehr und Umwelt wissen, inwieweit ein Mitspracherecht der Stadtgemeinde möglich ist.

Hierzu führt die Vorsitzende aus, dass die Gemeinden sehr wohl über ein Mitspracherecht verfügen und erläutert sie Details hinsichtlich der teilweise Verlegung des Radwegs. Außerdem wird um Unterstützung mit „Bauhof-Manpower“ bei der Umsetzung dieses Projekts ersucht.

- ✧ SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober fragt nach, ob bereits Überlegungen angestellt wurden, damit der Radweg in die Stadt hineinführt und berichtet die Vorsitzende, dass der „Traun-Radweg“ zur Parkstraße führt und dann in den „R 10“ einmündet.
- ✧ GemRⁱⁿ Marion Mühlbauer erkundigt sich, ob auch an E-Bike-Ladestationen gedacht wurde und führt die Vorsitzende hierzu aus, dass im Projekt die E-Ladestationen nicht mitumfasst sind, da bereits einige in den Gemeinden zur Verfügung stehen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der vorliegenden Kooperationsvereinbarung betreffend den Kremstalradweg/Leader Regionen die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, FinVerw.

➤ Beilage

4.5. Gemeindeärztin/Dr. Claudia Hellinger: Abschluss eines Werkvertrags

Die Vorsitzende führt aus, dass sich - entsprechend der Ausschreibung vom 27. April 2021 - nur Frau Dr. Claudia Hellinger gemeldet hat und verweist sie im Detail auf den Entwurf des Werkvertrags, welcher sämtliche Tätigkeiten umfasst, welche gemäß des Oö. Gemeindegesundheitsdienstgesetzes 2006 durch eine Gemeindeärztin/einen Gemeindearzt durchzuführen sind.

Wechselrede:

- ✧ STR Michael Mader erkundigt sich dahingehend, ob diese im Entwurf dargestellten „Honorar-Sätze“ auch für andere Ärzte (wenn diese Frau Dr. Claudia Hellinger vertreten) gelten und führt hierzu die Amtsleiterin aus, dass dies der Vereinbarung zwischen den beiden Ärzten unterliegt, aber grundsätzlich davon auszugehen ist.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem vorliegenden Werkvertrag mit Frau Dr. Claudia Hellinger die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: HV → V, FinVerw.

➤ Beilage

5. OÖ Wohnbau/Einleitung der Verfahren:

5.1. Änderung des Flächenwidmungsplanes „OÖ Wohnbau-Dr. Jutz-Straße“, Teilfläche Grst. 509 (Verkehrsfläche)

Die Vorsitzende führt aus, dass am 21. Jänner 2021 ein Neuplanungsgebiet verordnet wurde, um eine dem Ortsrand, der Hochwassersituation sowie der Bestandsbebauung angepasste Bebauung sicherzustellen. Nunmehr liegt ein Antrag der OÖ Wohnbau um Einleitung des Verfahrens vor. Die Vorsitzende verweist im Detail auf den beiliegenden Plan sowie auf den Aktenvermerk, erstellt von BALⁱⁿ Renate Wurmhöringer.

Wechselrede:

- ✧ GemRⁱⁿ Doris Kobler führt aus, dass sie als Bewohnerin dieses Ortsteils direkt betroffen ist und sie aus Solidarität gegenüber der Nachbar*innen und aus Eigeninteresse

- vor allem wegen verkehrstechnischer Bedenken - einer Einleitung des Verfahrens nicht zustimmen wird.

- ✧ STR Ewald Breitwieser teilt die verkehrstechnischen Bedenken seiner Vorrednerin und verweist er auch auf die Vorsprache im Rahmen der Bürger*innenfragestunde vor der letzten Gemeinderatssitzung. Er hält den derzeitigen Zeitpunkt für eine Umsetzung nicht für optimal und hält er auch die Entwurfsskizzen dieses Projekts für nicht „prickelnd“.
- ✧ STR Michael Mader ist von den Entwurfsskizzen genauso wenig begeistert wie sein Vorredner .
- ✧ GemRⁱⁿ Petra Kapeller spricht sich - auch im Namen ihrer Nachbar*innen - gegen eine rasche Umsetzung des Projekts aus und soll die Einleitung des Verfahrens keinesfalls vorschnell beschlossen werden.
- ✧ GRÜNE-Fraktionsobmann Nikolaus Mitterhuber schließt sich allen Vorredner*innen vollinhaltlich an.
- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak meint, dass derzeit sehr viele leerstehende Wohnungen verfügbar sind und derzeit kein Bedarf besteht und wird er einer Änderung des Flächenwidmungsplans bzw. des Bebauungsplans nicht zustimmen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Änderung des Flächenwidmungsplanes „OÖ Wohnbau - Dr. Jutz-Straße“, Teilfläche Grst. 509 (Verkehrsfläche) keine Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: BauAbtlg.

➤ Beilage

5.2. Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 37 „OÖ Wohnbau-Dr. Jutz-Straße“

Im Detail wird auf die Ausführungen sowie Wechselreden unter TOP 5.1. verwiesen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 37 „OÖ Wohnbau-Dr. Jutz-Straße“ keine Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: BauAbtlg.

➤ Beilage

6. Abwasserbeseitigungsanlage/Kanalerneuerung Pernsteiner Straße BA 19 – BE 01: Auftragsvergabe

Die Vorsitzende führt aus, dass die Arbeiten für die Kanalerneuerung in der Pernsteiner Straße ausgeschrieben wurden und es sich bei dem Offert der Fa. Strabag AG, Pinsdorf iHv € 262.865,23 inkl. USt. um das billigste Angebot handelte.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den Auftrag für die Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten zur Herstellung der Abwasserbeseitigungsanlage BA 19 - BE 01, vorbehaltlich der Zustimmung des Amtes der Oö. Landesregierung, an die billigstbietende Firma Strabag AG, Pinsdorf iHv € 262.865,23 inkl. USt. zu vergeben.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme mit 24 JA-Stimmen (Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak war bei der Beschlussfassung nicht anwesend) durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
24	0	0

Intern: BauAbtlg., FinVerw. ➤ Beilage

7. Mandatsverlust/Zeilinger Helmut: Umbesetzungen bzw. Nachbesetzungen in diversen Ausschüssen

Die Vorsitzende informiert das Gremium über den Mandatsverlust von Herrn GRE Zeilinger Helmut (SPÖ) aufgrund seines Wohnsitzwechsels.

Seitens der SPÖ-Fraktion wurden folgende Nachbesetzungen bzw. Umbesetzungen vorgeschlagen:

Ausschuss	Neues Mitglied		
Verkehr und Umwelt	Daniel Radner (Mitglied)	anstelle von:	▶ Helmut Zeilinger
	Karl Radner (Ersatz-Mitglied)	anstelle von:	▶ Daniel Radner

SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober stellt den Antrag auf offene Abstimmung per Handerheben und erfolgt innerhalb des Gremiums des Gemeinderates die einstimmige Annahme dieses Antrags mit 24 Ja-Stimmen (GemRⁱⁿ Elisabeth Goppold war bei der Beschlussfassung nicht anwesend) auf offene Abstimmung.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
24	0	0

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, das oben näher angeführte Mitglied und das oben näher angeführte Ersatzmitglied zu wählen und wird dieser Antrag innerhalb der SPÖ-Fraktionswahl einstimmig und vollinhaltlich angenommen.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
9	0	0

Intern: HV → IKD, Wecht ➤ Beilage

8. Bericht aus dem Prüfungsausschuss

Die Vorsitzende übergibt das Wort an den Obmann des Prüfungsausschusses, GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL.M. und bringt dieser den Bericht des Prüfungsausschusses vom 02. Juni 2021 dem Gremium des Gemeinderates durch Verlesung zur Kenntnis.

Ersuchen um Kenntnisnahme (Bürgermeisterin Vera Pramberger):

Die Vorsitzende ersucht das Gremium des Gemeinderates um Kenntnisnahme des Berichts des Prüfungsausschuss-Obmannes.

Intern: FinVerw.

9. Personalaufnahmeprozess: Änderung der bisherigen Vorgangsweise

Die Vorsitzende führt aus, dass nunmehr der Dringlichkeitstagesordnungspunkt betreffend die Änderung der bisherigen Vorgangsweise beim Personalaufnahmeprozess zur Diskussion steht und übergibt sie das Wort an FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak, welcher dem Gremium des Gemeinderats den abgeänderten Antrag wie folgt zur Kenntnis bringt: „Der Prozess bezüglich der Personalaufnahmen in der Stadtgemeinde Kirchdorf hat unter Berücksichtigung nachfolgender Regelungen zu erfolgen:

Stellenausschreibungen sind durch den Stadtrat zu beschließen. Um hier die Möglichkeit zu bieten, sich ein umfassendes Bild von der beabsichtigten Aufnahme zu machen, ist sowohl den Mitgliedern des Stadtrates als auch den Mitgliedern des Personalbeirats sowie allen Fraktionsobleuten grundsätzlich sieben Tage vor der die Ausschreibung behandelnden Stadtratssitzung ein Entwurf der Stellenausschreibung samt erläuternder Informationen im Intranet zur Verfügung zu stellen - wie dies bereits bisher gehandhabt wird.

Von jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion dürfen Personen, welche dem Stadtrat (als entscheidendes Gremium) oder dem Personalbeirat als Mitglied (oder jeweiliges Ersatzmitglied) angehören, den Vorstellungsgesprächen mit dem Zweck, sich ein umfassendes Bild der Bewerber*innen machen zu können (analog einer Akteneinsicht) beiwohnen. Um eine Teilnahme zu ermöglichen, sind die Fraktionsobleute drei Tage vor dem Termin des Vorstellungsgesprächs per E-Mail zu verständigen.“

Wechselrede:

- ✧ FPÖ-Fraktionsobmann Mag. Christoph Colak führt weiters aus, dass nach Einbringung des Antrags nochmals eine Besprechung mit den Bediensteten stattgefunden hat und daher der Dringlichkeitsantrag abgeändert wurde, um hier Missverständnisse aufzuklären bzw. die Praktikabilität des Antrags zu überprüfen. Ziel dieses Antrags ist es, den Personalaufnahmeprozess transparenter zu gestalten und soll den derzeit agierenden Personen weder Misstrauen ausgesprochen noch Kompetenz abgesprochen werden. Der Antrag stellt seines Erachtens nach einen logischen Lückenschluss dar, da beispielsweise die GRÜNE-Fraktion im Stadtrat entscheiden muss, jedoch als Mitglied im Personalbeirat nicht vertreten ist. Weiters geht der Fraktionsobmann teilweise auf Inhalte eines offenen Briefs sowie auf das Schreiben der Personalvertretung ein.
- ✧ GRÜNE-Fraktionsobmann Klaus Mitterhuber berichtet über die Beweggründe des seitens der GRÜNEN unterstützten Antrags und führt er hierfür einerseits die Diskussion im Prüfungsausschuss an und andererseits die Anfragen von Bürger*innen betreffend die Personalbesetzungen. Außerdem meint der GRÜNE-Fraktionsobmann, dass die GRÜNEN zwar im Stadtrat vertreten sind und bei Personalaufnahmen mitentscheiden (jedoch die Entsendung eines Ersatzmitglieds mit Stimmberechtigung im Gremium des Stadtrats in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen ist). Diese Entscheidung ist jedoch in den Sitzungen des Stadtrats zu treffen, obwohl die GRÜNEN im Personalbeirat nicht vertreten sind. Weiters bezieht er sich auf die Besprechung mit der Amtsleiterin, in welcher Aspekte aufgetaucht sind, welche zu berücksichtigen sind. Beispielsweise bedingen einvernehmliche Auflösungen von Dienstverhältnissen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist einen Zeitdruck bezüglich der Stellenausschreibungen und der benötigten Nachbesetzungen, sodass Fristen mitunter unterschritten werden. Weiters zeigt sich der Fraktionsvorsitzende verwundert, dass in der letzten Periode kaum durch die Personalbeirats-Mitglieder Einsicht in die Bewerbungsunterlagen genommen wurde und appelliert er dafür, sich durch die Einsichtnahme in die Reihungsvorschläge und Bewerbungsakte ein umfassendes Bild zu machen. Letztlich distanziert sich der Fraktionsobmann davon, irgendjemanden angreifen zu wollen, sondern soll der Fokus darauf gerichtet werden, Mitarbeiter*innen im Dienststand der Stadtgemeinde durch ein gutes Arbeitsklima und weitere Maßnahmen zu halten, da im öffentlichen Dienst die Entlohnung nach einem fixen Schema erfolgt.
- ✧ STR Ewald Breitwieser meint, dass er sich zwar heute nicht nochmals zu Wort melden wollte, da er bereits im Vorfeld - vor der Aufnahme dieses Dringlichkeitspunktes in die Tagesordnung - am Wort war, doch ist es ihm wichtig zu unterstreichen, dass er als Personalbeirats-Obmann vor jeder Sitzung intensiv Akteneinsicht in die Bewerbungsunterlagen und die Reihungsvorschläge genommen hat und gemeinsam mit

der Amtsleiterin bzw. dem Abteilungsleiter/der Abteilungsleiterin die Mitschriften/Kriterien erörtert hat. Berechtigte Kritik beispielsweise wegen des knappen Sitzungsbeginns wurde einvernehmlich gelöst und wurde den Bedürfnissen der Beiratsmitgliedern stets nachgekommen.

- ✧ GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL.M. bedankt sich bei STR Ewald Breitwieser für die Arbeit als Personalbeirats-Obmann und hat es den Eindruck erweckt, als würde sich STR Breitwieser persönlich angegriffen fühlen, obwohl dies seitens der Fraktionen nicht beabsichtigt war. Seines Erachtens geht es hier nur um eine kleine Veränderung im Aufnahmeprozess und sollen sich Stadträte bzw. Personalbeirats-Mitglieder ein persönliches Bild von den Bewerber*innen machen können, indem sie - bei Interesse - an Vorstellungsgesprächen teilnehmen können. Weiters verweist er auf den Beitrag in der Gemeindezeitung unter dem Titel „Juristen diskutieren“ und die daraus resultierende Rechtsmeinung und lassen die darin zitierten Paragraphen nicht den Rückschluss zu, dass der Dringlichkeitspunkt so nicht rechtlich korrekt durchzuführen wäre. Des Weiteren bezieht sich Mag. Dilly auf andere Gemeinden, welche bei Vorstellungsgesprächen teilweise Fraktionsobleute, einzelne Gemeindevorstände etc. beiziehen. Insgesamt ist für ihn diese große Aufregung unverständlich.
- ✧ SPÖ-Fraktionsobfrau Angela Schober stellt die Frage, warum vor Behandlung dieses Dringlichkeitspunktes im Gemeinderat eine Pressemeldung veröffentlicht wurde, obwohl es ja scheinbar nicht im Interesse der antragstellenden Fraktionen war Aufregung zu erzeugen.
- ✧ VizeBGM Mag. Stipo Luketina spricht sich für die Beibehaltung der derzeitige Vorgangsweise aus und ist es seines Erachtens wichtig, dass die Amtsleitung, Personalabteilung und die jeweilige Dienststellenleitung/Abteilungsleitung sich im Rahmen des Bewerbungsprozesses ein Bild machen können. Wenn man politische Verantwortung übernimmt, soll man dies korrekt und ordentlich machen und keine Eigeninteressen verfolgen. Weiters führt er aus, dass ein Aktenvermerk bzw. ein Artikel in der Gemeinde vorliegt, auf welcher rechtlichen Grundlage das Personalaufnahmeverfahren basiert. Letztlich erkundigt er sich, ob es bisher Unklarheiten im Gremium des Personalbeirats gab bzw. ob diese vielleicht deshalb entstanden sind, weil sich die Mitglieder nicht genügend vorbereitet haben.
- ✧ STR Ewald Breitwieser zeigt sich wegen der Frage von Mag. Stipo Luketina überrascht und kann er nicht beantworten, ob sich die Mitglieder des Personalbeirats entsprechend vorbereitet haben. Tauchten in der Vergangenheit Fragestellungen auf, so wurden diese im Rahmen der Beiratssitzung aufgeklärt. In seiner Zeit als Obmann kam es sehr selten zu Umreibungen; einmal war dies aufgrund einer fachlichen, pädagogischen Begründung der Fall.
- ✧ GemRⁱⁿ Petra Kapeller meint, dass eine Dringlichkeit absolut nicht gegeben ist und es ja im verlesenen Bericht des Prüfungsausschusses formuliert wurde, dass Prozesse und Abläufe zu hinterfragen bzw. zu verändern sind. Prozesse gehören nach Ansicht der Gemeinderätin laufend aktualisiert, allerdings sollte sich dieses Gremium damit beschäftigen, das davon auch betroffen ist.
- ✧ GemRⁱⁿ Ivana Suban-Coric bezeichnet sich als konstruktiver Mensch und zeigt Verständnis, dass alle bei einer Aufnahme teilnehmen wollen. Als Mitarbeiterin in der Privatwirtschaft kann sie berichten, dass die Fluktuation sowohl die Privatwirtschaft als auch den öffentlichen Dienst betrifft und es gibt ihrer Meinung nach ganz viele Gründe, warum Menschen ein Unternehmen verlassen. Es stimmt, dass durch Personalwechsel Kosten entstehen, jedoch fehlen ihr bei diesem Antrag Vorschläge, wie man Mitarbeiter*innen im Betrieb/in der Gemeinde hält. Es sollten Überlegungen angestellt werden, wie man Mitarbeiter*innen halten kann und wie man dies gestalten

kann. Nicht das Aufnahmeverfahren, sondern die Gestaltung, wie man Mitarbeiter an den Betrieb bindet, wirkt der Personalfluktuation entgegen.

- ◇ Amtsleiterin Mag.^a Astrid Ruess-Prager verweist auf die Möglichkeit der Stimmrechtsübertragung im Stadtrat und nimmt hier Bezug auf die Ausführungen des GRÜNEN-Fraktionsobmann Klaus Mitterhuber. Hinsichtlich der rechtlichen Ausführung im Aktenvermerk führt sie aus, dass der Aktenvermerk erst am Mittwochnachmittag fertig gestellt werden konnte und besteht prinzipiell die Möglichkeit, sich für eine der beiden Varianten - laut beiliegendem Aktenvermerk - zu entscheiden. Es ist notwendig, dass der Personalbeirat als kollegiales Organ entscheidet und ist ihrer Meinung nach die Teilnahme von einzelnen Stadträten oder Personalbeiratsmitglieder oder einzelner Fraktionsobleute nicht möglich. Hinsichtlich der Personalfluktuation verweist die Amtsleiterin auch auf sehr viele langjährige Mitarbeiter*innen, die sich im Dienststand der Stadtgemeinde befinden. Bei Fehlentscheidung kristallisiert es sich - laut Meinung der Amtsleiterin - relativ schnell heraus und strebt der Dienstnehmer dann immer die einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses an. Da scheinbar rechtliche Auffassungsunterschiede bestehen, schlägt die Amtsleiterin vor, eine diesbezügliche schriftliche Rechtsauskunft beim Land Oberösterreich einzuholen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende lässt sodann über nachfolgenden Antrag der ÖVP/FPÖ/Die Grünen-Fraktion abstimmen:

„Der Prozess bezüglich der Personalaufnahmen in der Stadtgemeinde Kirchdorf hat unter Berücksichtigung nachfolgender Regelungen zu erfolgen:

Stellenausschreibungen sind durch den Stadtrat zu beschließen. Um hier die Möglichkeit zu bieten, sich ein umfassendes Bild von der beabsichtigten Aufnahme zu machen, ist sowohl den Mitgliedern des Stadtrates als auch den Mitgliedern des Personalbeirats sowie allen Fraktionsobleuten grundsätzlich sieben Tage vor der die Ausschreibung behandelnden Stadtratssitzung ein Entwurf der Stellenausschreibung samt erläuternder Informationen im Intranet zur Verfügung zu stellen - wie dies bereits bisher gehandhabt wird.

Von jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion dürfen Personen, welche dem Stadtrat (als entscheidendes Gremium) oder dem Personalbeirat als Mitglied (oder jeweiliges Ersatzmitglied) angehören, den Vorstellungsgesprächen mit dem Zweck, sich ein umfassendes Bild der Bewerber*innen machen zu können (analog einer Akteneinsicht) beiwohnen.

Um eine Teilnahme zu ermöglichen, sind die Fraktionsobleute drei Tage vor dem Termin des Vorstellungsgesprächs per E-Mail zu verständigen.“

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, mehrheitliche Annahme des ogn. Antrags mit 16 JA-Stimmen (STR Günter Schachner, FO Mag. Christoph Colak, GemRⁱⁿ Doris Kobler, GemR Walter Leitner, GemR André Schachner, GRE Mario Garstenauer, STR Michael Mader, FO-Stv.ⁱⁿ/GemRⁱⁿ Anita Karlhuber, GemRⁱⁿ Elisabeth Goppold, GemR Mag. Wolfgang Dilly, LL. M., GRE Johann Leitner, GRE Marion Mühlbauer, STR Gerhard Holzinger, FO Nikolaus Mitterhuber, GemRⁱⁿ Maria Cech, GemR Mustaf Shabani) und 9 Gegen-Stimmen (BGMⁱⁿ Vera Pramberger, VizeBGM Mag. Stipo Luketina, STR Ewald Breitwieser, FO Angela Schober, GemRⁱⁿ Petra Kapeller, GemRⁱⁿ Renate Mühlbacher, GemR Daniel Radner, GemRⁱⁿ Ivana Suban-Coric, GRE Reinhard Hinterreiter) durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
16	9	0

Intern: HV, PersAbtlg.

➤ Beilage

10. Bericht der Bürgermeisterin

Die Vorsitzende berichtet darüber, dass im Rahmen der Übertragungsverordnung für die Sanierung der Außenfassade etc. des ehemaligen Kulturhauses, nunmehr: „Treff.Punkt“ folgender, weiterer Auftrag vergeben wurde, nämlich an die

- Fa. Höller-Gitter & Langeneder Bau zur Anbringung eines Gerüstschutznetzes iHv € 2.160,00 brutto.

Intern: ALⁱⁿ

11. Allfälliges

- ◇ GemRⁱⁿ Maria Cech berichtet, dass Autofahrer*innen bei laufendem Motor ihre Bestellungen beim „Schabanack“ abholen und meint sie, dass es einen Versuch wert wäre, „Tafeln“ anzubringen, dass der Motor abzustellen ist. Weiters sollen größere Abfallkörbe im Bereich des Hauptplatzes aufgestellt werden.
- ◇ GemRⁱⁿ Doris Kobler weist darauf hin, dass viele Fahrzeuge StVO-widrig parken und sogar am Gehsteig vor dem „Aschauer-Haus“ Autos abgestellt werden.
- ◇ GemRⁱⁿ Petra Kapeller weist darauf hin, dass im Herbst wieder Schule startet und sie bereits jetzt um breite Information auch durch die Gemeinderatsmitglieder bittet, dass es sich vor den Schulen nicht um „Drive-In-Haltestellen“ handelt.

Ende: 21:15 Uhr


.....
Vorsitzende
(Bürgermeisterin Vera Pramberger)


.....
Schriftführerin
(ALⁱⁿ Mag.^a Astrid Ruess-Prager)

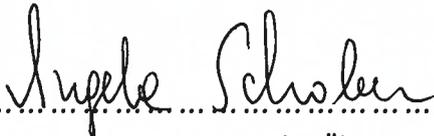
BEURKUNDUNG

Die Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift vom 24. Juni 2021 keine Einwendungen erhoben wurden.

Kirchdorf, am 08. Juli 2021



Vorsitzende



Gemeinderat (SPÖ)



Gemeinderat (ÖVP)



Gemeinderat (Grüne)



Gemeinderat (FPÖ)